

# GRAPHISCHE PRESSE

Nr. 10. 31. Jahrg.

8. März 1918.

**ORGAN FÜR DIE INTERESSEN DER LITHOGRAPHEN, STEINDRUCKER, CHEMIGRAPHEN, PHOTOGRAPHEN, LICHT- U. KUPFERDRUCKER, FORMSTECHE U. VERW. BERUFE**

**Abonnement.** Die Graphische Presse erscheint wöchentlich Freitags. Abonnementspreis: 1 Mk. zid. Zustellung pro Quartal zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postanstalten. (Post-Zeitungs-Katalog Nr. 3673.) Für die Länder des Weltpostvereins 1,25 Mk.

## Redaktion:

Adolf Domnick, Berlin N 24, Elsaßstr. 86-88. Redaktionschluss: Montag. Telefon: Amt Norden 4268. Verlag: Otto Sillier, Berlin N 24. Druck und Expedition: Conrad Müller, Scheidestr. 8-9.

**Insertion.** Für die viergespaltene Pettzelle oder deren Raum 30 Pfg., bei Wiederholungen Rabatt. Für Vereinsmitglieder sowie Vereinsanzeigen 15 Pfg. pro Zeile. Belagen nach Übereinkunft. — Zuschriften an die Expedition erbeten.

## Inhalt:

**Hauptteil:** Bekanntmachungen. Zum 50jährigen Bestehen einer kollegialen Vereinigung. Rundschau. Um die Rente des Kriegsbeschädigten. Arbeitslosigkeit in Dänemark. Gewerkschaften und Übergangswirtschaft. Kleinwohnungsfürsorge. — **Der Lithograph:** Nachmals: »Das Neue besorgt der Graphiker«. — **Die photomech. Fächer:** Die Tarifgemeinschaft im Lichtdruckgewerbe. — **Anzeigen.**

## Bekanntmachungen.

**Zentralkommission der Lichtdrucker.**  
Wir sandten an alle Städte, wo Lichtdruckerkollegen beschäftigt sind, ein Rundschreiben, um dessen schnelle und aufmerksame Beantwortung wir dringend ersuchen.

Zentralkommission der Lichtdrucker.

## Zum 50jährigen Bestehen einer kollegialen Vereinigung.

Wenn man Nachforschungen darüber anstellen würde, wo der Gedanke gegenseitiger Unterstützung in den Wechselfällen des Lebens in den Kreisen unserer Berufskollegen aufgetaucht ist, so dürfte wohl Nürnberg fast zuerst genannt werden. Zu dieser Behauptung kann aktienmäßig nachgewiesen werden, daß schon am 21. September 1835 vor dem Magistrat der Stadt Nürnberg die Steindruckergehilfen Gottlieb Budta und Michael Albert erschienen und folgendes zu Protokoll gaben:

»Die sämtlich hier arbeitenden Steindruckergehilfen, an der Zahl 25, sind Willens, eine Kranken-Unterstützungskasse zu errichten, damit sie bei vorkommenden Erkrankungsfällen gesichert sind und die Kosten, welche im Spital erwachsen bezahlen, oder auch in den Stand gesetzt sind, sich bei ihren Eltern, denn die meisten sind von hier gebürtig, kurieren und verpflegen lassen zu können.

Wir sind bereits als Mitvorsteher dieser Unterstützungskasse gewählt und übergeben hiermit die Statuten zur Genehmigung. Die Kasse soll dem Gastwirt Heinrich Engelhardt zum goldenen Herz, äußere Laufgasse übergeben werden, woselbst auch unsere Herberge ist und wir uns monatlich zur Auflage versammeln wollen.«

Unterm 11. Dezember 1835 lief seitens der kgl. Regierung des Rezaikreises, jetzt Kreis Mittelfranken, die Entschließung ein: »daß es an und für sich keinen Anstand hätte, die Genehmigung für den nachgesuchten Betreffs zu erteilen; daß aber den Steindruckergehilfen klar zu machen sei, daß diese trotz einer eigenen Unterstützungskasse, zu der demnächst in der Stadt Nürnberg ins Leben tretenden Krankenanstalt ihre Pflichtbeiträge zu leisten hätten. Aus diesen Gründen dürfte der gut gemeinte Verein wohl nicht ins Leben zu treten brauchen und es wird deshalb einer besonderen Genehmigung der Statuten nicht bedürfen.« Diese Regierungs-Entschließung wurde am 4. Januar 1836 den beiden Genannten eröffnet. Sie erbaten sich davon eine Abschrift und gaben zu Protokoll, daß sie sich weitere Anträge vorbehalten.

Leider ist hier der Akt zu Ende. Selbst der Statutenentwurf fehlt und eine Eingabe vom 21. Dezember 1917 an die Regierung,

worin die Mutmaßung ausgesprochen wurde, daß dieser seinerzeit am Regierungssitze zurückbehalten worden sei, wurde mit dem Bescheid beantwortet, daß Vereinsakten seitens der Regierung erst seit dem Jahre 1850 aufbewahrt werden. Was dann weiter aus der Unterstützungskasse wurde, ist unbekannt. Wahrscheinlich ist, daß man sich mit dem in Aussicht gestellten begnügte, denn damit hatte man dasselbe, was man erreichen wollte und doppelte Beiträge, für im Grunde genommen dieselben Leistungen, dazu waren die damaligen Lohnverhältnisse kaum ausreichend. Verfolgt man dann, an der Hand der vorhandenen Akten, die damaligen Berufsverhältnisse, so gewinnt man die Überzeugung, daß nach dieser Richtung kaum etwas mehr unternommen wurde, denn dazu lagen in der Mitte des vorigen Jahrhunderts die Verhältnisse in unserem Berufe in Nürnberg gar zu schlecht. Wie aktienmäßig festgestellt werden kann, hatte

## Zur Urabstimmung.

Kollegen! Vergesst nicht die von eurer Mitgliedschaft veranstaltete Versammlung zur Urabstimmung zu besuchen. Es gilt unsere Gewerkschaft zu stärken, damit sie den kaum noch verhöllten Bestrebungen der Unternehmer, den Aufbau des Gewerbes auf Kosten der ausreichenden Lebenshaltung der Gehilfen durchzuführen, machtvoll entgegenzutreten kann. Beantwortet daher die Frage: ob ihr Beitragserhöhung und damit Wiedereinführung der statutarischen Reise-, Arbeitslosen-, Umzugsunterstützung und des vollen Sterbegeldes wollt, mit:

Ja!

mander selbständige Anstaltsbesitzer, die damals alle noch gelehrte Fachleute sein mußten, (vgl. Regierungs-Entschließung vom 22. Juni 1815) häufig für sich allein nichts zu tun. Erst als mit dem einsetzenden Farbendruck, der mit der Einführung des Ölfarbendruckes sein erstes Lebenszeichen von sich gab; und mit der Erfindung der Abziehbilder durch C. A. Podier die einengenden Fesseln der vorerwähnten Regierungs-Entschließung in etwas gelockert wurden, findet sich das erste Lebenszeichen eines kollegialen Zusammenschlusses wieder. Darüber belehrt uns der Magistratische Akt vom 3. Februar 1864 in folgender Weise:

Es erscheint der Steindruckerbesitzer, Joh. Georg Michel und übergibt anliegende Statuten der sich neugebildeten Kranken- und Fremdenunterstützungskasse der hiesigen Steindrucker, nebst beigefügten Vorstands- und Mitgliederverzeichnis. Diese Statuten wurden, weil nicht lückenlos, zurückgewiesen. Deshalb heißt es dann unterm 29. März 1864 weiter: Es erscheint der Steindruckergehilfe Leonh. Blanz und übergibt die nunmehr ergänzten Statuten des Reise- und Kranken-Unterstützungsvereins der hiesigen Steindrucker unter Erneuerung des Antrages vom 5. Februar 1864. Als

1. Vorstand wurde benannt Joh. Georg Michel, Steindruckerbesitzer und als Kassierer Georg Brunner, ebenfalls Steindruckerbesitzer.

Die Statuten regelten in 19 Paragraphen die Rechte und Pflichten der Mitglieder und obenan stand als Zwecks des Vereins:

seinen Mitgliedern Kranken, und fremden durchreisenden Steindruckern Reiseunterstützung angedeihen zu lassen.

Der einzig in seiner Art dastehende Paragraph dürfte wohl der § 18 gewesen sein, der folgendermaßen lautete:

Arbeitgeber, wie Lithographen können als Vereinsmitglieder aufgenommen werden, — müssen sich jedoch selbstverständlich den Bestimmungen des Statuts fügen.

Verständlich wird die Bestimmung in bezug auf die Lithographen erst dann, wenn man die ganze Lage des lithographischen Gewerbes zu Nürnberg in Mitte des vorigen Jahrhunderts an der Hand der Akten durchstudiert hat. Leider kann hier in diesen Rahmen nicht darauf eingegangen werden. Es wird aber in einer Festschrift nachgeholt werden.

Mit den Steindruckerbesitzern an der Spitze des Vereins scheint es aber nicht gut getan zu haben. Denn schon am 9. Juli 1864 zeigte Blanz an, daß zum 1. Vorstand Steindrucker Groß, und zum 1. Kassierer, Steindrucker Vogt gewählt wurden. Warum; kann leider nicht festgestellt werden, da von den Akteuren von damals keiner mehr am Leben ist und schriftliche Aufzeichnungen, wenigstens über die intimeren Vorgänge im Vereinsleben, nicht vorhanden sind.

Nach einem, im Original noch vorhandenen Aufruf vom Juni 1864, der sich eigentümlicher Weise an die Prinzipale wandte, sprach man davon, daß die bis jetzt eingeführten Unterstützungen ja wohl ihren Zweck erfüllen, daß aber die Entwicklung, die das moderne Staatsleben und nicht minder die »Gesetzgebung« genommen, sowie die riesigen Fortschritte in der Kunst, Wissenschaft, Industrie und Technik, auch sie zwingen, veraltete Formen hinter sich zu lassen, und in durch die Zeit bedingte Einrichtungen einzutreten. Der Aufruf beginnt mit dem Motto:

»Unter allen Sorgen sind die Sorgen, um die altersschwachen Tage, die niederdrückensten für den Arbeiter.«

Leider reicht der Raum nicht aus, diesen vierseitigen Aufruf in seinem Wortlaut der Öffentlichkeit zu unterbreiten. Aber einen Satz wollen wir doch jetzt schon mitteilen. Denn er kennzeichnet den Geist, der noch in den siebziger Jahren, den anders gerichteten Streikern in unserem Berufe so viele Schwierigkeiten bereite und leider den Senefelderbund auf die Nuruhrunterstützungsgeleise schob. Er lautete: »Auf diesem Felde gäbe es gewiß für jeden Menschenfreund Gelegenheit, deutsche Biederkeit zu erproben, und eine solche läßt der rechte deutsche Mann nicht an sich vorübergehen, ohne in das Buch seines Daseins eine edle Tat zu verzeichnen. Darum ihr H. H. Prinzipale, ihr Beirath, ihr moralische wie pekuniäre Unterstützung kann unseren schönen Unter-

nehmen sicher nicht fehlen, ja gewiß werden sie mit Freuden ihren Namen mit goldenen Lettern in unsere Vereinsgeschichte einzeichnen.

Ob die Nürnberger Steindruckereibesitzer im Überschwang der Freuden ihren Namen mit Goldstücken belegten, darüber schweigt des Sängers Höflichkeit. Nur das eine bleibt Tatsache. Bis den also angebetelten die Erkenntnis des Gewollten kam, war die Gründung schon wieder den Weg alles Vergänglichen gegangen. Denn mit der Genehmigung der Statuten und der Veränderungs-Anzeige der Leitung des Vereins endet auch dieser Akt. Schade um das bereits Geschaffene und nicht minder um das, was man noch im Auge hatte. Aber wenn man die Wege, die man gehen wollte, genau betrachtet, so konnte es nicht anders kommen als es kam. Und sicher trugen diese zu dem schnellen Auflösungsprozeß bei, was nur zu Ehren der Beteiligten, wenn auch nur Einzelner, gebudt werden könnte.

Es scheint aber, daß die Zeiten, wo jeder seines eigenen Weges ging, nicht lange gut taten,

Denn schon im Jahre 1867 waren die Kollegen Nürnbergs gezwungen, zum dritten Male das Problem des kollegialen Zusammenschlusses zu erörtern. Es waren die Kollegen der Firma C. A. Pöcher, welche den Verhältnissen der Zeit Rechnung tragend, zunächst eine Viatikumskasse gründeten. Den tatsächlichen Verhältnissen dürfte aber diese Gründung in diesem Rahmen kaum entsprochen haben. Denn schon am 16. März 1868 zeigte Blanz beim Magistrat an, daß sich der vor zirka 3 Jahren aufgelöste Kranken-Unterstützungsverein für Steindrucker neuerdings reorganisiert habe und zum 1. Vorsitzenden Joseph Grosch, zum Kassierer Georg Meyer gewählt worden seien. Der Titel für die Neugründung lautete »Steindruckerkollegen-Unterstützungsverein«. Sein Zweck war, fremden durchreisenden Steindruckern Reiseunterstützung angedeihen zu lassen, sowie Veranstaltung geselliger Zusammenkünfte. Zu letzteren kamen die Kollegen alle Samstag zusammen, wobei jeder berechtigt war, Vorträge oder Vorlesungen über die »Kunst« zu halten. Die Satzungen waren in ihren Bestimmungen hauptsächlich auf den kollegialen Zusammenhalt gerichtet und zwar in einer solchen strengen Weise, daß es Außenseitern unmöglich war, in Nürnberg ein Unterkommen zu finden. Daß es aber trotzdem kein auf Klassengegensätze beruhender Kampfverein gewesen sein kann, geht aus dem Protokoll vom 14. April 1871 hervor, wonach die freiwilligen Beiträge der Prinzipale bekannt gegeben wurden, die für das Jahr 1870 die Summe von 151 fl. 45 krz. betragen, welche vor den Augen der Verwaltung und im Beisein eines »Unparteiischen« dem Kassierer übergeben wurde. Das Statut vom Jahre 1870 erweiterte den Zweck des Vereins auf die »Unterstützung kranker und namentlich arbeitsunfähiger älterer Kollegen, wenn dazu Mittel vorhanden sind«. Da aber der Verein nach den vorhandenen Aufzeichnungen niemals stärker als 45 Mann war, so dürfte die Anheftung der Prinzipale um Besteuerung ihre Aufklärung damit gefunden haben.

Diese also geante Kollegenschaft führte dann im Jahre 1872 den ersten Streik in unserem Berufe. (Siehe das Geschichtswerk von Hermann Müller \*), Seite 506 u. s. f.) Es muß aber nach dieser Begebenheit ein förmlicher Umschwung in der Haltung der betreffenden Kollegen eingetreten sein. Denn das Protokoll der Generalversammlung vom 1. Juni 1872 enthält den Antrag, auf Aufhebung der Unterstützungskasse für fremde durchreisende Steindrucker und Lithographen, die sehr am Platze sei und dafür Gründung einer Kranken- und Sterbekasse. Zugleich wurde die Verwaltung beauftragt, die nötigen Schritte zu unternehmen. Es scheint fast, als ob man es eilig gehabt hätte, mit der Vergangenheit zu brechen. Denn schon die am 20. Oktober stattgefundene Generalversammlung sanktionierte die inzwischen auch vom Bezirksgericht genehmigten Statuten. Und im jedenfalls

unverstandenen Widerstreit der Interessen beschloß man gleichzeitig zur »Belehrung der Mitglieder« den »Volksstaat«, »Es werde Licht« (von Jacobi), »Es werde Licht« (von Scholl) und »Das Vaterland« zu abonnieren. Und hier in dieser Generalversammlung ist auch zum ersten Male vom Senefelder-Bund die Rede, und zwar in der Weise, daß die Verwaltung ermächtigt wurde, zur Anschließung an denselben, die nötigen Schritte zu tun und das Komité mit unseren Bestimmungen bekannt zu machen. Es ist daher eines nicht ganz zu begreifen und das ist, daß der inzwischen auf den Namen umgetaufte Senefelder-Verein bei der Gründung des Senefelder-Bundes sich nicht in eine Mitgliedschaft desselben umwandelte, sondern als lokaler Unterstützungsverein weiterhin verblieb.

Waren es Kirdturinteressen der Nürnberger oder bestand als Hinderungsgrund die Tatsache, daß der Senefelder-Verein inzwischen dem privaten Versicherungsgesetz unterstellt wurde?

Dieser Punkt bedarf noch weiteren Studiums, das heißt, wenn das sehr spärlich und lückenhafte vorhandene Material überhaupt darüber Aufschluß zu geben vermag. Nur noch einmal ist vom Senefelder-Bund die Rede und zwar in der Generalversammlung vom 8. Dezember 1873, wo ein Antrag von Chr. Meyer, der Verbandskasse des Deutschen Senefelder-Bundes 150 fl. zur vorläufigen Kostendeckung für die allgemeine Bundessache, zu denselben Prozentsatz wie das Vermögen des Senefelder-Vereins angelegt ist, zu überlassen, angenommen wurde.

Von da ab plätscherte das Vereinsleben zwischen Vergnügungen und Ausbau der Unterstützungen, verbunden mit Beitragserhöhungen dahin und nur einmal, im Jahre 1881 faßte man einen Beschluß, zum Einkassieren der Beiträge, Geschäfts- oder Interimskassierer aufzustellen. Zu weiterem Schwung man sich nicht auf. So verfiel der Verein fast in einen Dornröschenschlaf, aus dem er aber anfangs der neunziger Jahre, sehr unsanft geweckt wurde; denn beinahe, um die Zeit des silbernen Jubiläums hätte er sein Leben ausgehaucht. Die Jahresdefizite wuchsen immer unheimlicher an. Man hatte nämlich ganz vergessen, daß es auch einen Nachwuchs gab und daß der Verein nicht nur für die Gründer einen Lebenszweck hatte. Nun begann nicht nur eine intensive Agitation, sondern man legte auch Bresche in die chinesische Mauer, die den Verein in Form einer Aufnahmegebühr von 5 Mk. umgab. Sie wurde auf 1 Mk. herabgesetzt. Von da ab entwickelte sich der Verein zusehends. Aber immer noch waren die Zeiten der Oberdrucker und derer, die es werden wollten und es fehlte immer noch das herzliche Einvernehmen zwischen Mitgliedern und Verwaltung, das zwischen Gleichen bestehen soll. Erst als diese Zeiten für immer abgetan, in demselben Moment, wo die Kollegenschaft anfangs klassenbewußter zu denken und der Wind von der Gegenseite anfangs schärfer zu blasen, da wurde auch der Senefelder-Verein innerhalb der Nürnberger Kollegenschaft als ein Glied, das zum Ganzen gehörig, betrachtet. Und jetzt an seinem goldenen Jubiläum ist er für den weitaus größten Teil der Nürnberg-Fürth und Schwabacher Kollegenschaft, die einzige Zuschußkasse, der an dergleichen Gebilden so reichen Städte, wie Nürnberg und Fürth. Und wenn unsere tapferen Feldgrauen aus dem Schützenbrunnen zurückkehren in die heimliche Kampffront, so wird der Senefelder-Verein das halten, was von ihm erhofft wird. Er wird neben der Ortskrankenkasse für das polygraphische Gewerbe Nürnbergs und dem Verband der Lithographen, Steindrucker und verwandten Berufe, die Krankheiten heilen helfen und die Lebenskraft wieder aufzurichten versuchen, die der Weltkrieg an unserer Kollegenschaft untergraben hat.

Fritz Billmann.

## Rundschau.

**Der Weltkrieg — der Bankrott der kapitalistischen Gesellschaftsordnung.** Der norwegische Presseverband, der in diesen Tagen in Christiania seine Jahresversammlung abgehalten hat, gab im Anschluß daran ein Festessen, an welchem unter anderen auch der Minister des Auswärtigen, Ihlen, teilnahm. Auf eine vom Vorsitzenden des Presseverbandes gehaltene Begrüßungsrede antwortete der Außen-Minister unter anderem: »Die Aufgabe der Presse in diesen ersten Zeiten ist bedeutungsvoll. Sie muß dem Volke einprägen, solidarisch zu sein. Ist die Gesellschaftsordnung, auf die wir bisher gebaut haben, richtig und zu verantworten? Wenn wir das Unheil sehen, das diese Gesellschaftsordnung erzeugt hat, und besonders den Wahnsinn, den der Krieg bedeutet, so müssen wir auf diese Frage ein Nein antworten. Wir können auch sehen, daß das Alte in mehreren Ländern fällt, und auch wir dürfen nicht für das, was auf diesem Gebiete geschieht, blind sein. Auch wir können nicht die Augen vor dem Neuen schließen; denn wir müssen einsehen, daß eine Gesellschaftsordnung, die ein so großes Mißverhältnis zwischen Arbeit und Verdienst ermöglicht, wie es jetzt geschieht, nicht zu verteidigen ist. Der Krieg und die Krise haben für Volk und Gesellschaft neue Zukunftsperspektiven aufgerollt, und dieses Neue wendet sich auch an uns.«

**Bestrafung?** Vor dem Schöffengericht 7 in Hamburg hatte sich der Fabrikant Martin Stehr zu verantworten, weil er verfälschte und gesundheits-schädliche Nahrungsmittel in den Verkehr gebracht hatte, nämlich statt Gelatinepulver ein Leimpulver von ekelregendem Geschmack, ein Eisparpulver und ein Backpulver, das als völlig unbrauchbares Backpulver bezeichnet wurde. Stehr hat diese für ihn sehr nützlichen Produkte während der Zeit von drei Monaten vertrieben und nach seinen eigenen Angaben für 2250000 Mk. Ware abgesetzt. Nimmt man, was sicher viel zu niedrig gegriffen ist, nur 5 Proz. Reinverdienst an, so betrug der Gesamtnutzen in den drei Monaten 112500 Mk. Und die Strafe? Wegen Vergehens gegen das Nahrungsmittelgesetz wurde der Menschenfreund zu 1000 Mk. Geldstrafe oder 200 Tagen Gefängnis verurteilt, er hat für sein gemeinsinnliches Treiben also nur eine »Abgabe« von 9 Proz. seines Kriegsgewinns zu entrichten.

**Haferflocken als Pferdefutter.** Die Verteilung der Haferflocken ist arg verkürzt worden. In Berlin werden sie sämtlichen kleinen Kindern entzogen mit Ausnahme der Säuglinge. Nun ist zwar die Haferernte schlecht ausgefallen. Aber doch nicht so schlecht, daß nicht ausreichend für die kleinen Kinder, für die Haferflocken das kömmlichste und beste Nahrungsmittel sind, gesorgt werden könnte. Dabei wollen wir den Lastpferden das bischen Hafer, das sie bekommen, gar nicht entziehen. Aber wir wissen, daß man die Luxus-pferde als Lastpferde ausgegeben werden, und vor allem kennen wir zahlreiche Fälle, wo den Pferden noch über die erlaubte Haferration hinaus Haferflocken und Zucker gegeben worden ist. Bei dem üblichen Schleichhandel ist es ja Leuten, die über die notwendigsten Waren verfügen, Kohlen, Koks, Seife oder allerlei Lebensmittel usw., gar nicht so schwer, sich auch Zentnerweise Haferflocken und Zucker zu verschaffen und sie ihren Pferden zugeben. Wir wissen, daß zum Beispiel in Berlin mehrfach dergleichen Fälle der Polizei angezeigt worden sind. Der Staatssekretär v. Waldow ist also imstande, sich eine Statistik hierüber anfertigen zu lassen und aus der Kenntnis der Dinge heraus auf Mittel und Wege zu sinnen, um den so aufgespürten Schleichhandel zu unterbinden. Neuerdings hat er freilich so scharfe allgemeine Maßnahmen gegen den Schleichhandel angedroht, daß, wenn es nicht bei bloßen Drohungen bleibt, auch die Haferflocken nicht mehr in unredliche Kehlen kommen dürften. Jedenfalls werden wir, schreibt der Kriegsausschuß für Konsumenteninteressen, aufpassen und kontrollieren.

**Der böse und der gute Kapitalismus.** Nach der »Deutschen Arbeitgeberzeitung« und ihrem Leibphilosophen Dr. Felix Kuh verkörpert der deutsche Kapitalismus das gute und der englische Kapitalismus das schlechte Prinzip. Die »Arbeitgeberzeitung« schreibt: »Der englische Weltkapitalismus dient der brutalsten Vergewaltigung, dem schönsten Egoismus und einem materialistischen Nützlichkeitstrieb, der jede höhere menschliche Regung im Keim ertötet.« Hingegen ist der deutsche Kapitalismus für diese Herren »durch soziale und vaterländische Gesichtspunkte veredelt«. Karl Marx wird von Felix Kuh »wiederlegt« und verspottet, aber es wird ihm zur Entschuldigung angedreht, daß er seine Auffassungen vom Kapitalismus eben durch Beobachtung der angelsächsischen Welt gewonnen habe. Schade, daß es böse Menschen gibt, die finden, daß die Kapitalisten in allen Ländern sich verflucht ähnlich sehen.

**Wohnungsnot und Ziegelbeschaffung.** Gegenwärtig bringt beinahe jeder Tag eilige und dringliche Aufgaben im Wohnungswesen, unter die eiligsten und dringlichsten aber gehören Vorkerkungen zur Wiederingangsetzung der Ziegelsteinherstellung. Gegenüber der zu erwartenden Wohnungsnot muß nach Eintritt des Friedens

\*) Die Organisatoren der Lithographen, Steindrucker und verwandten Berufe. Für Verbandsmitglieder Preis 5 Mk.

schleunigst gebaut werden, zum Bauen aber gehören Ziegelsteine. Wo jedoch diese hernehmen? Diese Frage behandelt eine eilige Eingabe, die der Deutsche Verein für Wohnungsreform und die Kriegswirtschaftliche Vereinigung in Berlin vor kurzem gemeinsam an Bundesrat und Reichstag gerichtet haben. Es heißt da:

»Nennenswerte Vorräte an fertigen Ziegeln dürften im Augenblicke des Friedensschlusses nicht mehr vorhanden sein, andererseits braucht es aber zur Neuherstellung von Ziegeln längere Zeit. Die Folgen einer solchen Verzögerung brauchen nicht näher dargelegt zu werden, sie könnten geradezu unabsehbar werden. Gegenwärtig arbeiten von den rund 10000 deutschen Ziegeleien nur noch etwa 7 vom Hundert, 93 vom Hundert sind geschlossen, ungeredet die 8000 kleinen ländlichen Ziegeleien, die ebenfalls nicht mehr arbeiten. Die Verhältnisse werden dadurch noch ungünstiger, daß unter den wenigen noch im Gange befindlichen Ziegeleien eine größere Anzahl Zedenziegeleien sind, die nur für bestimmte Betriebe, nicht aber für den offenen Markt arbeiten. Wo bleibt da die Möglichkeit, sofort nach Beendigung des Krieges mit dem Bauen von Wohnungen zu beginnen, um die drohende Wohnungsnot zu bekämpfen? D. W. A.

**Wie die hohen Preise zustande kommen.** Eine Frau in Siegburg hatte ein Kinderschürzchen zum Preise von 18,50 Mk. erstanden. Als sie die Preisauszeichnung näher in Augenschein nahm, ergab sich, daß eine Reihe von Zetteln übereinander geklebt waren. Um das Geheimnis der vielen Zettel zu ergründen, löste sie einen nach dem andern ab. Und siehe da, jeder Zettel enthielt eine andere Preisaufschrift. Die Reihenfolge der Zahlen war folgende: Mk. 18,50, 12,75, 7,90, 4,25, 2,95, die letzte Zahl stammte wahrscheinlich noch aus der Friedenszeit. Sie hat sich dann von Zeit zu Zeit bis zur Höhe von 18,50 Mk. emporentwickelt. Sicher eine anständige Leistung! Die Behörde, der diese Kletterkunst bekannt ist, dürfte nicht verfehlt haben, ihr eine besondere Aufmerksamkeit zu schenken. Das erinnert an den ausländischen Kautabak, der in eine holländische Packung gewickelt war, bei dem man aber vergessen hatte, den Zettel der Nordhausener Firma herauszulassen. Durch diesen Lapsus konnte der Käufer lernen, wie Auslandsware, vor allem aber wie Auslandspreise entstehen.

### Um die Rente des Kriegsbeschädigten.

Welche schonen Worte haben wir zu Anfang des Krieges von Unternehmern gehört? Unter dem Eindruck des Erstaunens darüber, daß die Arbeiter, trotz allen wirtschaftlichen und rechtlichen Ungleichheiten, unter denen sie hatten leben müssen, nun doch ihre Pflicht zur Erhaltung des heimatlichen Bodens anerkannten, hatten selbst die reaktionärsten Unternehmer allerlei schöne Versprechungen für die Zukunft gemacht. Wohl wissen wir, daß es einem Teil der deutschen Unternehmer durchaus ernst ist mit ihrem damals gegebenen Wort. Um so sicherer rechneten die Gewerkschaften mit dem Umfall derjenigen, denen die Aufrechterhaltung des Profits und ihrer Herrschaftsstellung im Betriebe alles ist. Sie brauchten nicht lange zu warten. Dieselben Befürchtungen leiteten die Gewerkschaften bei ihrer Fürsorge für die Kriegsbeschädigten. Sie sagten sich auf Grund theoretischer und praktischer Erfahrungen, es wird den geschäftseifrigsten Unternehmern nichts näher liegen, als den Versuch zu machen, den infolge ihrer Kriegsverwendung weniger widerstandsfähigen Arbeitern mindestens um so viel weniger Lohn zu geben, als der Betrag ihrer Rente ausmacht. Denn wie die Katze das mausen, so kann ein wasserdichter Unternehmer auch die Lohndrückerei nicht lassen. Und es kam so, wie vorauszusehen war. Schließlich mußte sogar das Kriegsamt warnend eingreifen. Eine Sicherheit war damit allerdings keineswegs dagegen gegeben. Die schlaueren Unternehmer suchten mindestens den unangenehmen äußerlichen Eindruck zu vermeiden.

Zu diesen gehört nun der Frager nicht, der in der »Papier-Zeitung« Nr. 11 dieses Jahres mit folgender Anfrage aufwartet:

»Frage: Einer meiner Arbeiter wurde bei Kriegsbeginn eingezogen, später so verwundet, daß er ein steifes Bein behielt, und von der Genesungskompagnie von mir übernommen. Er bezieht Invalidenrente, und ich legte hinzu, was ihm an seinem früheren Lohn fehlte, so daß er sich wie früher steht zuzüglich der gewährten Teuerungszulage. Nun meint er, ihm käme sein voller früherer Lohn zu, denn die Rente wäre nur eine Art Schmerzensgeld. Ich bitte um Ihre Ansicht in dieser Angelegenheit.«

Der Mann bestreitet also mit keinem Wort, daß der von ihm beschäftigte kriegsbeschädigte Arbeiter dasselbe leistet wie vor dem Kriege. Das geht aus daraus hervor, daß der Arbeiter auf den vollen früher verdienten Lohn Anspruch macht. Ja selbst wenn seine Leistungsfähigkeit geringer wäre, der volle Friedenslohn ist doch an sich schon im Wert kaum noch die Hälfte mehr. Aber es ist nicht die offensibare Tatsache des Lohndrucks, die hier so verbittert. Empörend ist vielmehr die heuchlerisch-kamriose Form der Frage: »Nun meint er, ihm

käme sein voller früherer Lohn zu, denn die Rente wäre nur eine Art Schmerzensgeld.« Oder haben wir wirklich in dem Frager einen leibhaftigen Vertreter der »Unternehmerintelligenz« vor uns, die den Arbeitern so gern als leuchtendes Vorbild hingestellt wird? Ihm scheint allerdings der Krieg eine himmlische Fügung zu sein, die den heimlichen Zweck hatte, dem Unternehmer kriegsbeschädigte Arbeiter mit voller Leistungsfähigkeit zu halbem Lohne zur Verfügung zu stellen. Wer so die Psyche des Unternehmers kennen lernt, der begreift erst die Kriegsbegeisterung jener Kreise, dem wird deren Mitgliedschaft zur Vaterlandspartei verständlich. Um nicht falsch verstanden zu werden, geben wir noch die Antwort wieder, die die »Papier-Zeitung« dem Frager gab:

Antwort: Unseres Erinnerns wurde von Behörden der Wunsch ausgesprochen, daß dem Kriegsbeschädigten seine Bezüge auf Grund einer Invalidenrente nicht auf den Lohn angedreht werden sollen, er vielmehr so bezahlt werden möchte, wie ein heiler Arbeiter gleicher Leistung. Gesetzlichen Anspruch auf einen bestimmten Lohn hat jedoch der Kriegsbeschädigte nicht, vielmehr ist die Höhe des ihm vom Arbeitgeber vereinbarten Lohnes Gegenstand freier Vereinbarung.

Das ist richtig; gesetzlichen Anspruch auf einen gerechten Lohn hat das arme Opfer des Krieges in unserem Rechtsstaat nicht. Wir haben nur bisher angenommen, daß es mindestens gegenüber den Kriegsbeschädigten so etwas wie eine sittliche Pflicht gibt.

### Arbeitslosigkeit in Dänemark.

Die in den neutralen Ländern so gefürchtete Arbeitslosigkeit hat jetzt in Dänemark solchen Umfang genommen, daß zu ernststen Besorgnissen Veranlassung gegeben ist. In den Reihen der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter dieses Landes werden bereits über 46000 Arbeitslose gezählt, wovon die Hälfte auf die Hauptstadt kommt. Irgendwelche Anzeichen dafür, daß die Arbeitslosigkeit ihren Höhepunkt erreicht hat, sind noch nicht zu bemerken. Im Gegenteil. Zu diesen gewerkschaftlich organisierten Arbeitslosen kommen noch alle unorganisierten hinzu, deren Zahl bisher noch nicht festzustellen war.

Die Ursachen dieser ungeheuren Arbeitslosigkeit sind bekannt. Einerseits die Rohstoff-Rationierung oder gänzliche Verweigerung der Rohstoffe durch die Entente und andererseits der deutsche U-Bootkrieg bilden die Hauptfaktoren. Innerhalb aller Erwerbszweige hat die Produktivität in beunruhigender Weise abgenommen, und die Worte, die der Führer der dänischen Sozialdemokratie kürzlich im Reichstage gebrauchte, daß »dem dänischen Volke droht, mitten in einem Goldhaufen zu verhungern« — der Goldhaufen, den die kapitalistischen Unternehmungen durch Kriegsgewinn eingehemst haben — sind nicht als übertrieben anzusehen. Die »Zeitschrift für Industrie« behauptet, daß die Arbeitslosigkeit in der Industrie binnen kurzer Zeit 70 bis 80 Proz. der Arbeiter umfassen wird, falls sich die Verhältnisse weiter wie bisher entwickeln.

Mit Frauen und Kindern dürfte, nicht allzu hoch gerechnet, die Zahl der von der Arbeitslosigkeit Betroffenen auf 175000 zu schätzen sein. Von den einzelnen Industrien sind am meisten die Textil- und die Bauindustrie betroffen worden, aber auch andere Industriezweige sind nicht verschont geblieben. So z. B. sind unter den Bäckern über 1000 Arbeiter und außerdem 100 kleine Unternehmer erwerbslos geworden. Von den Tabakarbeitern sind über 1200 ohne Beschäftigung, davon allerdings die Hälfte wegen Einführung der erhöhten Tabaksteuer. Diese werden vom Staate zum Teil entschädigt. Die Stimmung unter den dänischen Arbeitern ist deswegen zurzeit sehr gedrückt.

### Gewerkschaften und Übergangswirtschaft.

Über Gewerkschaften und Übergangswirtschaft sprach Dr. Adolf Braun (Nürnberg) in einem Vortrage, den er auf Einladung des Dresdner Gewerkschaftskartells am Freitag im Volkshause zu Dresden hielt. Er reichte sich dem Vortrage an, den Gustav Bauer, der stellvertretende Vorsitzende der Generalkommission, eine Woche vorher vor Dresdener Gewerkschaftsfunktionären über die Gewerkschaften während des Krieges gehalten hatte.

Als schlimmste Wirkung des Krieges auf die Friedenswirtschaft so führte Dr. Braun aus, werde sich das Fehlen von Rohstoffen, Hilfsstoffen und Halbfabrikanten in der deutschen Produktion schwer fühlbar machen. Dieser Rohstoffmangel werde die schnelle Nutzbarmachung der aus dem Kriegsdienst entlassenen und in der eingeschränkten oder ganz aufgelösten Kriegsindustrie freigeordneten Arbeitskräfte für die Friedenswirtschaft nachteilig beeinflussen. An Nachfrage nach menschlicher Arbeit und Anstoß zur Produktion im großen Stille werde es bei dem herrschenden Warenmangel nicht fehlen, wohl aber wegen des Rohstoffmangels vielfach an der Möglichkeit zur Produktion. Die erste Periode der Übergangswirtschaft werde also ihr charakteristisches Gepräge erhalten durch starken

und stürmischen Warenbedarf und durch die verhältnismäßig geringe Möglichkeit, ihm gerecht zu werden, durch sehr geringe Arbeitsgelegenheit bei einem starken Überfluß von Arbeitskräften. Nach der Beschaffung der notwendigsten Rohmaterialien werde die Industrie alle Hände voll zu tun haben, um den Warenhunger zu befriedigen. Sie werde in dieser zweiten Periode der Übergangswirtschaft mit der Versorgung des einheimischen Marktes ganz in Anspruch genommen sein und alle verfügbaren Arbeitskräfte aufzusaugen vermögen.

Mit der fortschreitenden Deckung des Bedarfs und Stillung des inländischen Warenhungers werde sich ein neues Abflauen der Produktion bemerkbar machen, verbunden mit einem neuen Ansteigen der Arbeitslosenziffern. Die Übergangswirtschaft könne dann freilich im großen ganzen als überwunden betrachtet werden und man werde den neuen Zustand, der freilich nichts Erfreuliches an sich haben werde, für lange Zeit als den normalen zu betrachten haben.

Der Auslandsmarkt sei durch den Krieg so gut wie vollständig verloren gegangen. Das Unternehmertum werde bemittelt sein, ihn für Deutschland zurückzuerobern, sobald sich ein Nachlassen der Aufnahmefähigkeit des Inlandsmarktes fühlbar machen werde. Auf dem Auslandsmarkt werde aber Deutschland der scharfen Konkurrenz der jetzt feindlichen Länder, besonders Englands, der Vereinigten Staaten und Japans mit ihrem Vorsprung der leichteren Rohstoffbeschaffung, sowie der neutralen Staaten begehnen, die infolge ihres besseren finanziellen Standes gegenüber den am Kriege beteiligt gewesenen Ländern, vor allen Dingen auch Deutschland gegenüber im Vorteil sind. Dieser Konkurrenz werden die deutschen Unternehmer zu begegnen bemüht sein, durch möglichstste Verbilligung der Herstellungskosten zur Verbilligung der Erzeugnisse, und diese Verbilligung werden sie zu erreichen versuchen hauptsächlich durch möglichstste Ersparung von Arbeitskraft und durch stärksten Druck auf die Löhne.

Diese Entwicklung der Übergangswirtschaft birgt natürlich die schwersten Gefahren für die wirtschaftliche und soziale Lage der Arbeiterschaft in sich. Diese Gefahren gilt es zu erkennen, wenn man ihnen erfolgreich begegnen will. Das wird möglich sein, wenn die Arbeiter in den Zeiten der Depression ihre Organisationen nicht schnell verlassen und innerlich schwächen, sondern wenn sie fest an ihnen halten, sie stärken und ausbauen, damit sie jederzeit kampffähig sind. Es müsse hinter diese Notwendigkeiten alles zurücktreten, was die Arbeiterschaft zersplittern oder trennen könnte. Durch die Erringung des vollen Koalitionsrechts, der Preßfreiheit, der politischen Gleichberechtigung müsse die ganze Arbeiterklasse auch die Voraussetzungen für die erfolgreiche Führung des gewerkschaftlichen Kampfes schaffen. — Die eineinhalbstündigen Ausführungen Dr. Brauns wurden mit starkem Beifall aufgenommen.

### Kleinwohnungsfürsorge.

Im Herzogtum Anhalt hat das Kleinwohnungswesen in letzter Zeit wertvolle Förderung erfahren. Im Hinblick darauf, daß es als Ehrenpflicht des Staates angesehen werden müsse, den heimkehrenden Kriegern ausreichende und gesunde Heimstätten zu bieten, hat man für die Beschaffung von Kleinwohnungen für die minderbemittelte Bevölkerung an Orten mit Wohnungsmangel durch Maßnahmen der Gesetzgebung und Verwaltung Sorge getragen.

Durch das Gesetz, betreffend die Förderung des Kleinwohnungswesens vom 5. September 1917 soll in doppelter Weise eine finanzielle Unterstützung gemeinnütziger Bauvereinigungen herbeigeführt werden. Das Gesetz ermöglicht einmal die Beteiligung des Staates an solchen Bauvereinigungen durch Stammeinlagen und stellt hierfür 300000 Mk. aus den Überschüssen der Landrentenbank nach Bedarf zur Verfügung. Sodann wird die Möglichkeit geschaffen, daß der Staat für zweistellige Tilgungshypothesen bis zur Beleihungsgrenze von 90 Proz. der Selbstkosten und bis zu einem Gesamtbetrage von zwei Millionen Mark Bürgschaft leistet. Man ist also im Herzogtum Anhalt dem Vorbilde Preußens (Artikel 6 des Wohnungsgesetzesentwurfs und Bürgschaftssicherungsgesetz) gefolgt und hat auch dort den Standpunkt aufgegeben, daß der Staat lediglich zur Wohnungsfürsorge für seine Arbeiter und Beamten verpflichtet sei. Man hat dabei ebenso wie in Preußen daran festgehalten, die staatlichen Mittel nur gemeinnützigen Unternehmungen zugute kommen zu lassen. Jedoch wird im Gesetze sowohl wie in der Begründung mehrfach ausdrücklich betont, daß der freien gewerblichen Bautätigkeit keine nachteilige Konkurrenz geschaffen werden und die staatliche Hilfe nur da einsetzen solle, wo »Mangel an gesunden Kleinwohnungen« bestehe. Leider hat man es auch im anhaltinischen Staate nicht für möglich gehalten, für die gemeinnützige Bautätigkeit nach dem Kriege den unbedingt erforderlichen Barkredit zur Verfügung zu stellen, und hat sich an der mittelbaren Unterstützung durch Beteiligung an Bauunternehmungen und Bürgschaftsgewährung genügen lassen.

Durch diese Maßnahmen und einige baupolizei-

liche Erleichterungen hofft man die unhaltbaren Zustände im Wohnungswesen, die nach den städtischen Mitteilungen eines Regierungsvertreters in den Kommissionsverhandlungen auch in anhaltischen Städten zu befürchten sind, wenigstens teilweise vermeiden oder beheben zu können. D. W. A.

## Der Lithograph

### Nochmals: „Das Neue besorgt der Graphiker.“

Die Ausführungen des Schweizer Kollegen in Nr. 8 der »Graphischen Presse« finden gewiß bei jedem vorwärtsstrebenden Kollegen die lebhafteste Zustimmung und auch ich bin der Überzeugung, daß alles Heil, welches erhofft wird, nur in der Lehrgangsbildung liegt.

Sehen wir uns aber einmal so eine Lehre an, wie ich sie auf Grund reichhaltiger Erlebnisse und eigener Erfahrungen in größeren und kleineren sogenannten »Kunstanstalten« schildern kann. Da fällt zunächst auf, wie wenig der größere Teil der Lithographen etwas von modernen Werbeprospekten und ihren Ausführungsmethoden wissen will. Es muß hier ausgesprochen werden, sie sind entweder zu denkfaul oder blasieret um einzusehen, daß man mit Hilfe der neuen Techniken, Manieren usw. seiner Arbeit den Stempel des persönlich-originellen verleihen kann, daß wiederum dieses anregt, selbst schöpferisch zu wirken und die Arbeit zur Freude macht. Nein, sie findet es bequemer, den Tag mit geistlosen Pausen und Kopieren von mehr oder minder guten Originalen zu verbringen, weil nach Erledigung des üblichen Pensums dann noch Zeit übrigbleibt, anderer Arbeiten zu kritisieren und auf diejenigen Kollegen zu schimpfen, die nicht an gleichem Strang ziehen wollen, ganz abgesehen von denen, die nach Feierabend noch Handel treiben oder Raupen züchten. Nötigenfalls wird auch fortschrittliches Interesse geheuchelt, und wenns hoch kommt, auch irgend ein Anfang gemacht — aber dabei bleibt meistens. — Was Wunder, welche Beispiele da so ein junger Mensch, der mit tausend Idealen in die Lehre gekommen ist, empfängt? Der Herr Oberlithograph oder Chef, die in nicht geringen Fällen selbst noch einen Extra-Ausbildungs-Kursus sehr notwendig hätten, sind der Meinung, daß der junge Mensch bei ihnen etwas tüchtiges werden soll, folglich müssen sie also dem Jungen das aufzwingen, was sie selbst mal früher »geübt« haben. (Gott, es ist ja schon lange her.) So ein armer Stift muß da nun endlos lange Würmer, genannt »Übungen«, wochen-, monatelang durch sein Dasein ziehen — geistlos und öde — was Wunder, wenn seine Gedanken wo anders hinwandern: sollte nicht sein Kamerad aus der Schule mit seinem Schlosser-etc. Handwerk doch wohl glücklichere Wahl gehabt haben?

Ist dann die Lehre aus, so fängt's an, wer den feinsten Strich fummeln und Punkt drehen kann, wird vom Ober oder Chef hochangesehen, bekommt auch, welch Hochgefühl. — 1,2-3 Mk. mehr wie die andern und der jüngste Stift wiederum sieht mit Ehrfurcht zu diesem großem Herrn auf — und hat natürlich das Streben, es seinem Vorbild gleich zu tun. Das ist der Höhepunkt des Lithographen!

Jeder fortschrittlich denkende Lithograph sollte seinen Einfluß auf unsern Nachwuchs dahin geltend machen, daß die jungen Leute nur vorbildliche und neuzeitliche Ansichten zu hören und sehen bekommen. Ich bemerke, daß die Lehrlinge mit viel mehr Freude und Interesse an neuzeitliche Aufgaben herangehen, welche ihrer Erfindungsgabe den weitesten Spielraum

lassen, als wie an die alten geisttötenden Methoden, welche die 4 Jahre ausfüllen und als Zwang getragen werden.

Der Einwand der Redaktion, daß sie an der Durchführbarkeit solcher Lehre zweifeln, ist meines Erachtens nicht stichhaltig. Wenn, wie oben gesagt, wir mit allen Kräften unsern Nachwuchs in fortschrittlichem Geist erziehen, so müssen eben unsere Druckereien, Kunstanstalten usw. mit diesen neuzeitlich vorgebildeten Kräften rechnen, folgerichtig auch das Publikum, eine Erfahrung lehrt, daß, wenn es eben nichts anderes und besseres als Kitsch zu sehen bekommt, es diesen natürlich bestellt resp. bevorzugt. Kein Hühndchen aber kann wieder in seine Schale zurück, — ergo wird dann unsere zukunftsfrohe Schar mit aller Kraft vorwärtsstreben und die Bahn ebnen für gesündere Verhältnisse im Beruf eingedenk der Lösung: Mit der Zeit — für die Zeit.

Kollege Binner bekräftigt doch eigentlich nur, was wir in unserem Nachwort gesagt haben. Wir meinen, die von Binner und uns gekennzeichneten Punkt- und Strich-Dressuranstalten können solche Lehre nicht bieten. Die Besserung muß von außen kommen. Das hat der Kollege eigentlich in dem vorstehenden Artikel treffend selbst nachgewiesen. In bezug auf die Mehrzahl unserer heutigen Ober darf man den Lehrlingen den Rat geben:

Gesell dich einem Bessern zu, laß mit ihm deine besten Kräfte ringen. Wer selbst nicht weiter ist als du, der kann dich auch nicht weiter bringen.

## Die photomech. Fächer.

### Die Tarifgemeinschaft im Lichtdruckgewerbe.

Eine der vielen Einrichtungen, die während des Krieges nicht in Funktion getreten sind, ist die Tarifgemeinschaft für das deutsche Lichtdruckgewerbe. Graue Wolken lagerten auch an dem beruflichen Himmel, als der Krieg ausbrach. Die allgemeine Ansicht war, daß unser Gewerbe nicht während des Krieges leben kann und die Folgen davon, daß in der Bestürzung zunächst viele Lichtdruckanstalten ihren Betrieb ganz still legten und das Personal zum Teil ohne Kündigung entließen. Die nächste Zeit brachte dann wieder neues Leben, und jetzt sind alle vorhandenen Gehilfen im Lichtdruck beschäftigt. Der Bedarf an Gehilfen ist so groß, daß der Arbeitsnachweis nicht in der Lage ist, allen Nachfragen gerecht zu werden. Nur der Tarif schien immer noch nicht aus seinem Bärenschlaf zu erwachen. Es war sogar die Meinung verbreitet, daß die Prinzipale den Tarif ganz fallen lassen wollten. Bei den Gehilfen war die Stimmung für den Tarif ebenfalls stark im Sinken.

Da kommt nun auf einmal wie ein Blitz in dunkler Winterdämmerung die Nachricht, daß das Tarifamt für das deutsche Lichtdruckgewerbe tagen will! Warum? Welche Gründe haben zusammengewirkt, um das Weiterleben der Tarifgemeinschaft zu ermöglichen? Das wollen wir in kurzen Ausführungen zu schildern versuchen.

Die große Teuerung hat alle graphischen Arbeiter nach und nach in die Lage gebracht, durch Lohnzulagen die kolossale Erhöhung der Lebensmittel ein wenig auszugleichen. Die Lichtdrucker, vor dem Kriege die mit am besten Entlohten in unserem Verband, haben diese Veränderung lange Zeit mit angesehen und mit wenigen Ausnahmen zu den allen Löhnen gearbeitet. Im zweiten Jahre

des Krieges wurden bei einem Versuch zur Erhöhung des Lohnes einige Erfolge erzielt. Die in der »Graphischen Presse« bekannt gemachte Statistik zeigt, daß in einigen Städten auch bis dahin noch nichts erreicht war. Vom August 1917 bis jetzt ist aber wieder eine lange Zeit vergangen und die Preise für Lebensmittel sind weiter bedeutend in die Höhe gegangen. In dieser Situation machten die Lichtdrucker Berlins einen Versuch, die Löhne im allgemeinen aufzubessern. Durch ein in der Form höflich gehaltenes Schreiben an die Prinzipale brachten sie am 2. Februar den Wunsch auf eine Erhöhung des Lohnes um 10 Proz. zum Ausdruck. In den nächsten 10 Tagen kam auf diese Zuschrift — eine — Antwort und diese war in ablehnendem Sinne. Was nun? In einer Versammlung wurde beschlossen, zunächst das Tarifamt, das nach den Ausführungen bei den letzten Tarifausschüßberatungen und auch nach der allgemeinen Auffassung in Tarifkreisen über alle Differenzen zwischen Prinzipalen und Gehilfen entscheiden soll, anzurufen. Sollte es nicht zusammen kommen, dann sollten weitere Schritte gemacht und versucht werden, durch das Hilfsdienstgesetz zu besseren Existenzmöglichkeiten zu kommen.

Nach dem bekannten Satz, »erstens kommt es anders und zweitens, als man denkt« kam in der Zeit von weiteren 10 Tagen das Tarifamt zu einer Sitzung zusammen und die Prinzipale sowohl, als auch die Gehilfen brachten in der Sitzung den Wunsch zum Ausdruck, daß in Zukunft vom Tarifamt die Arbeiten wieder voll aufgenommen werden sollen, damit für die Zeit nach dem Frieden die Gewähr vorhanden ist, daß es eine Stelle gibt, an die sich die Parteien bei Differenzen wenden können, mit der Gewißheit, daß die Anträge schnell und gerecht erledigt werden.

So ist nun das Tarifamt zu neuem Leben erwacht. Wenn es aus Kompetenzrücksichten noch nicht zu direkten Verhandlungen gekommen ist, dann stehen diese jedoch voraussichtlich in kürzester Zeit bevor. Wir möchten auf die akute Frage der Lohnerhöhung nicht näher eingehen und dem Tarifamt nicht vorgeifen, möchten aber den Wunsch beifügen, daß das Resultat dieser Verhandlungen einen Ausgleich in der Lohnfrage schafft, mit dem beide Teile zufrieden sein können.

Das Tarifamt hat aber für das Gewerbe, wenn es gegenseitig wirken soll, noch viele andere Aufgaben zu erledigen, die für die Übergangszeit außerordentlich wichtig sind. Ich will nur erwähnen, daß andere Tarifgemeinschaften in dieser Beziehung schon vorgearbeitet haben und Vereinbarungen über die Behandlung der Kriegsbeschädigten, Termine für die Teuerungszulagen und anderes mehr getroffen haben, die dem ganzen Gewerbe eine gleichmäßige Behandlung sichern. Mit diesen Beschlüssen ist es nachher leichter für die Instanzen, die über Streitfragen zu entscheiden haben, ein gerechtes und vor allem schnelles Urteil zu fällen. Hoffen wir, daß auch das Tarifamt für das deutsche Lichtdruckgewerbe diese Arbeit zum Wohle für alle Beteiligten nachholt, damit die Feidgrauen beim Friedensschluß für unseren Beruf geordnete Lohn- und Arbeitsbedingungen vorfinden.

Es liegt im Interesse aller Kollegen, diese Fragen zu besprechen und eventuelle entsprechende Beschlüsse zu fassen. Der Zentralkommission wird es zweifellos erwünscht sein, wenn Material zu den Verhandlungen vorliegt und aus diesen heraus bestimmte Vorschläge im Namen aller Lichtdruckgehilfen Deutschlands gemacht werden können.

**Stellenangebote**  
Wir suchen einen tüchtigen  
**Fräser**  
und Fassettierer. Angebote mit Angabe der Gehaltsansprüche und Militärverhältnisse an  
**Brend'Amour, Simhart & Co.,**  
Düsseldorf-Oberkassel.

**Gebr. Arbeits-Material**  
von Lithographen, in der Hauptsache Winkel, Zirkel Lineal usw. zu kaufen gesucht.  
**Alfr. Schölzel, Lithographenlehrling,**  
Leschwitz b. Görlitz,  
Seidenbergerstraße 4.  
**Der praktische Umdrucker.**  
Von Bernhard Enders.  
Inkl. Porto 85 Pfg.  
**Conrad Müller, Schneiditz.**

**Neu! „Fett-Extrakt“ Neu!**  
Unentbehrlich zum Verdrucken der jetzigen fettarmen Firnisse und Farben, dieseiben drucken durch einen Fett-Extrakt-Zusatz wie früher Friedensware. Merkantil-Zeichenplatten, Raster, Kreide, usw. erhält bis zur höchsten Auflage den feinsten Punkt und Strich, auch bei weichen kalkleichten Steinen. Übertrefft in jeder Beziehung Stearin-Öl, welches doppelt so teuer. **Fett-Extrakt** hat hellbraune Farbe.  
**Kg. Mk. 3,50 gegen Nachnahme.**  
Nachbestellungen liefern ein: L . . . . . & Co. . . . . Hannover 50 Kg.;  
W . . . . . & N . . . . . Leipzig 5 Kg.; G. W . . . . . Cassel 5 Kg.;  
G . . . . . & D . . . . . Leipzig 5 Kg.; G. L . . . . . Fürth 5 Kg.;  
A . . . . . F . . . . . Breslau 5 Kg.; K . . . . . & S . . . . . Niedersiedlitz 5 Kg.;  
W . . . . . & S . . . . . Stuttgart 3 Kg.; F. A . . . . . Berlin 2 Kg.;  
S . . . . . & N . . . . . Dresden 2 Kg. u. s. w.  
**F. Hantke, Hamburg 22, Heinskamp 6.**

**Retuscheure**  
für einfache Metallretusche sofort gesucht.  
**Meisenbach, Riffarth & Co.**  
Graphische Kunstanstalt,  
Berlin-Schöneberg, Hauptstraße 7.

**Verschiedenes**  
**Graphische Fachklassen**  
Entwurf und Werkstatt-Ausbildung  
Auskünfte durch die  
Kunstgewerbeschule  
**Barmen**

**Roulett, Fadenstichel**  
**Fräser u.s.w.** in bester Ausführung fert. an  
**Carl Neumann, vormals G. König**  
Berlin SO, Naunynstraße 69.

**Schnuhr's flüssiger Steingummi**  
bietet vollen Ersatz für echten Gummi arabicum, nicht als Klebstoff, sondern zum Präparieren von Lithographie-Steinen, Zink- und Aluminium-Platten. Anwendung und Wirkung ohne Unterschied gegenüber Naturgummi. Die Ware ist ausprobiert gut, wofür Zeugnisse zu Diensten stehen. **Per Kilo 7,50 Mk. ab Lager Hamburg.**  
**H. Schnuhr, Hamburg 22, Richardstraße 49.**  
Chemisch-technische Druckpräparate.